



Brüssel, den 13. Mai 2019  
(OR. en)

8877/19

COMPET 366  
IND 157  
MI 398

## VERMERK

---

|            |                                                                                                                                                                                                                    |
|------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Absender:  | Vorsitz                                                                                                                                                                                                            |
| Empfänger: | Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat                                                                                                                                                                              |
| Betr.:     | Vorbereitung der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am<br>27. Mai 2019<br><br>Schlussfolgerungen zu einer Strategie für die Industriepolitik der EU: Eine<br>Vision für 2030<br><br>- Orientierungsaussprache |

---

- A. Die Mitteilung der Europäischen Kommission vom September 2017 zum Thema "Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie - Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU" enthielt eine umfassende Übersicht über die bereits eingeleiteten oder in Vorbereitung befindlichen Initiativen, von denen man sich positive Auswirkungen und eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie versprach.
- B. In den Schlussfolgerungen des Rates zu den Themen "Eine künftige Strategie für die Industriepolitik der EU" (Mai 2017), "Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU" (November 2017), "Strategie für die Industriepolitik der EU in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Innovation" (März 2018) und "Eine künftige Strategie für die Industriepolitik der EU" (November 2018) wurde jeweils die Notwendigkeit einer umfassenden und langfristigen Strategie für die Industriepolitik der EU hervorgehoben.
- C. In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom März 2018 wurde betont, dass die EU eine überzeugende Industriepolitik braucht.

- D. Die Hochrangige Gruppe "Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum" hat am 11. April 2019 – im Hinblick auf die Vorbereitung der Aussprachen der Ministerinnen und Minister auf der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 27. Mai 2019 – einen ganzheitlichen Ansatz für die EU-Agenda unter Verknüpfung der Industrie- und der Binnenmarktpolitik einschließlich Dienstleistungen erörtert.
- E. In den Schlussfolgerungen des Rates vom Februar 2019 zum koordinierten Plan für die Entwicklung und Nutzung künstlicher Intelligenz "Made in Europe" wurde hervorgehoben, dass Europa im Bereich der künstlichen Intelligenz weltweit zu einem Vorreiter werden soll.
- F. Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung vom 21./22. März 2019 Schlussfolgerungen angenommen, in denen die Kommission ersucht wurde, bis Ende 2019 eine langfristige Vision für die industrielle Zukunft der EU einschließlich konkreter Maßnahmen zur Umsetzung vorzulegen.
- G. Die Gruppe "Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum" (Industrie) hat in ihren Sitzungen vom 15. März, 20. März, 4. April, 15. April und 8. Mai 2019 einen Entwurf von *Schlussfolgerungen des Rates zu einer Strategie für die Industriepolitik der EU: Eine Vision für 2030* erstellt.
- H. Der rumänische Vorsitz hat ein Hintergrunddokument und Fragen (siehe Anlage) ausgearbeitet, anhand deren die Aussprache der Minister auf der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 27. Mai 2019 strukturiert werden soll.
-

**Strategie für die Industriepolitik der EU: Eine Vision für 2030**

1. Die europäische Industrie ist nach wie vor ein entscheidender Faktor in der Wirtschaft der EU, dem zweitgrößten Wirtschaftsraum der Welt: Sie stellt jeden fünften Arbeitsplatz und zeichnet für den Großteil der EU-Exporte und -Investitionen in Forschung und Innovation verantwortlich. Sie hat Auswirkungen auf andere Wirtschaftszweige und trägt wesentlich zu wirtschaftlichem Wachstum, Beschäftigung und Innovation auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene bei. Insbesondere das verarbeitende Gewerbe spielt für Produktivitätssteigerung, Innovation und Dekarbonisierung in der gesamten Wirtschaft eine entscheidende Rolle.
2. In den vergangenen Jahren haben der Rat der EU, die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission in einer Reihe von Schlüsselbereichen zusammengearbeitet, um einen erfolgreichen Übergang zu einer digitalen, wissensbasierten, dekarbonisierten und stärker kreislauforientierten Industrie in Europa zu ermöglichen. Die Folge war, dass neue Technologien, Automatisierung, Robotertechnik und künstliche Intelligenz eine immer wichtigere Rolle spielen und zur Schaffung intelligenter und vernetzter Fabriken beitragen, die zu neuen Entwicklungen bei der Leistungsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes führen.
3. Europa ist in vielen Industriezweigen nach wie vor weltweit führend, muss aber noch einige Herausforderungen im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit in Angriff nehmen, insbesondere in Bereichen, die von Branchenvertretern als sensibel eingestuft werden, etwa in den energieintensiven Industriezweigen und beim Zugang zu Rohstoffen.
4. Es wurden bereits Maßnahmen ergriffen, die die industrielle Modernisierung unterstützen, wie z. B. ein wachsendes Netz von Innovationszentren, überarbeitete Emissionsziele für 2030 und saubere Mobilitätslösungen, die Kreislaufwirtschaft zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks der Industrie, ein besserer Zugang zu Finanzmitteln für die Industrie und KMU, was wiederum den Zugang zu neuen Märkten erleichtert, und die Mobilisierung der wichtigsten Akteure, um die Qualifikationslücken zu schließen und geeignete Arbeitskräfte für die Industrie von morgen heranzubilden.

5. Die Europäische Kommission hat im Rahmen des Strategischen Forums für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) sechs zentrale strategische Wertschöpfungsketten ermittelt, um koordinierte Maßnahmen und Investitionen vorzubereiten: vernetzte, saubere und autonome Fahrzeuge, intelligente Gesundheit, CO<sub>2</sub>-arme Industrie, Wasserstofftechnologien und -systeme, Internet der Dinge für die Industrie und Cybersicherheit.
6. Die **Hochrangige Gruppe "Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum"** hat in ihrer Sitzung vom 11. April 2019 das Thema eines ganzheitlichen Ansatzes für die EU-Agenda unter Verknüpfung der Industrie- und der Binnenmarktpolitik einschließlich der Dienstleistungen erörtert. Während der Erörterungen wurde hervorgehoben, dass sich die europäische Industrie, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, ständig an die Chancen und Herausforderungen des globalen Wettbewerbs anpassen und dabei insbesondere dem digitalen Wandel angemessen Rechnung tragen muss. Die europäische Industrie braucht eine ehrgeizige Politik, um im weltweiten Wettbewerb – insbesondere neben anderen globalen Akteuren wie China und den Vereinigten Staaten – bestehen zu können. Die Erörterungen haben gezeigt, dass eine Agenda der EU, die die Industriepolitik und die Binnenmarktpolitik miteinander verknüpft, für die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU von entscheidender Bedeutung ist, und abschließend wurde festgestellt, wie wichtig eine Industriepolitik, der Dienstleistungssektor und die Digitalisierungsprozesse für die strategischen Wertschöpfungsketten sind.
7. Die betroffenen Kreise weisen fortwährend darauf hin, dass eine starke Industrie grundlegende Voraussetzung für eine robuste Wirtschaft ist, die wiederum die Basis für die Schaffung einer von Zusammenhalt geprägten Gesellschaft bildet, welche in der Lage ist, die aktuellen und künftigen Herausforderungen zu bewältigen und die sich bietenden Chancen zu ergreifen. Technologischer Fortschritt und Innovation sind maßgebende Faktoren eines tiefgreifenden Wandels der Industrie und ihrer Arbeitsweise in einer sektorübergreifenden Dimension, wodurch die Industrie gezwungen ist, sich rasch anzupassen und künftige Trends vorwegzunehmen. Die betroffenen Kreise betonen, dass eine europäische Industriestrategie den laufenden Wandel widerspiegeln und die verschiedenen Herausforderungen, die sich für Gesellschaft und Industrie aktuell stellen, berücksichtigen muss.
8. Die betroffenen Kreise haben unterstrichen, dass eine langfristige Strategie für die Industriepolitik – die es der europäischen Industrie ermöglichen soll, im Wettbewerb mit China, Indien und den Vereinigten Staaten, die die Industrie bereits ganz oben auf ihre politische Agenda gesetzt haben, Schritt zu halten – dringend erforderlich ist. Sie fordern eine proaktive und koordinierte Führung, damit sichergestellt ist, dass Europa ein Drehkreuz für eine führende, intelligente, innovative und nachhaltige Industrie bleibt, die allen Europäern, einschließlich künftiger Generationen, zugute kommt. Als wichtigste Bereiche, in denen Handlungsbedarf besteht, wurden die Rahmenbedingungen für Unternehmen, Qualifikation und Ausbildung, Forschung und Innovation, Handel und Zugang zu internationalen Märkten genannt.

9. Die betroffenen Kreise haben darauf hingewiesen, dass der Dienstleistungssektor an die verarbeitende Industrie gekoppelt ist und dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Teil der strategischen Wertschöpfungsketten werden sollten. Weiter wurde hervorgehoben, dass es sich bei der Digitalisierung derzeit zwar um ein wichtiges Thema handelt, die EU jedoch die herkömmlichen Industriezweige gleichermaßen im Blick behalten muss. Auch müsse eine horizontale europäische KMU-Politik geschaffen werden, die Themen wie den herkömmlichen Industriezweigen, der Digitalisierung, der Anpassung der KMU an eine Kreislaufwirtschaft, der Ökologisierung und der Globalisierung (Internationalisierung) Rechnung trägt. Bekräftigt wurde auch die Bedeutung fairer Wettbewerbsbedingungen für KMU.
10. Aus den jüngsten Aussprachen in verschiedenen Foren lässt sich das Fazit ziehen, dass es für die Industrie von entscheidender Bedeutung ist, über Rechtssicherheit und eine bessere Rechtsetzung zu verfügen, um Investitionen anzukurbeln, die öffentliche Auftragsvergabe und Standardisierung besser zu nutzen, für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Digitalisierung und Unternehmen zu sorgen, sodass die Unternehmen sich auf nachhaltige Weise weiterentwickeln und verantwortliche Entscheidungen treffen, das Potenzial der künstlichen Intelligenz zu erschließen, Daten, Dateneigentum und medizinische Daten besser zu nutzen, die Produktivität zu optimieren, Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten im MINT-Bereich zu nutzen, verfügbare Mittel besser auszuschöpfen, die bestehenden Vorschriften umzusetzen, die nationale und regionale Dimension zu berücksichtigen und eine Zukunftsvision zu bieten.
11. In den *Schlussfolgerungen des Rates zu einer Strategie für die Industriepolitik der EU: Eine Vision für 2030* wird hervorgehoben, dass ein starker und gut funktionierender Binnenmarkt, einschließlich Dienstleistungen, die erforderlichen Rahmenbedingungen für die europäische Industrie, insbesondere für KMU, bietet, um von seinen Vorteilen profitieren und seine Chancen nutzen zu können. Ferner wird darin die entscheidende Rolle der Industrie und der mit ihr verknüpften Dienstleistungen für die Steigerung von Beschäftigung und nachhaltigem Wachstum in Europa hervorgehoben.

12. In dem Dokument wird die Forderung des Europäischen Rates nach einer soliden wirtschaftlichen Basis bekräftigt, die für Europas Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sowie für die Stärkung seiner Rolle auf internationaler Ebene von wesentlicher Bedeutung ist, und hervorgehoben, dass Industriepolitik, Binnenmarktpolitik, Forschungs- und Innovationspolitik, Digitalisierung sowie Energie- und Umweltpolitik enger miteinander verknüpft werden müssen. Weiter wird die Rolle von KMU und Clustern und die Tatsache hervorgehoben, dass Cluster für die Umsetzung der Strategie für die Industriepolitik der EU von entscheidender Bedeutung sind, da sie eine strategische und strukturierte Zusammenarbeit entlang der EU-Wertschöpfungsketten und zwischen diesen ermöglichen. Die Initiativen der europäischen Clusterpolitik gelten als wichtiges Förderinstrument für die regionale industrielle Modernisierung, zur Unterstützung des Wachstums von KMU und kleinen Unternehmen mit mittelgroßer Marktkapitalisierung, zur Förderung der intelligenten Spezialisierung und zur Stärkung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit.
13. Eine solide industrielle Basis in der EU sollte mittels eines integrierten Ansatzes erreicht werden, mit dem den aktuellen und neuen globalen und technologischen Herausforderungen sowie Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit und Nachhaltigkeit begegnet wird und bei dem etwa folgende Politikbereiche verknüpft werden: der Binnenmarkt in all seinen Dimensionen als ein Eckpfeiler des Wirtschaftswachstums der Union; eine durchsetzungsstarke Industriepolitik, die der EU ermöglicht, ihre Stellung als Industriemacht zu wahren; eine zukunftsweisende Digitalpolitik, die für ein Zeitalter des digitalen Wandels und das Wachstum der Datenwirtschaft geeignet ist; eine voraussehbare Energie- und Klimapolitik; eine ehrgeizige und robuste Handelspolitik, die einen fairen Wettbewerb, Gegenseitigkeit und wechselseitige Vorteile gewährleistet. Dabei sollten ein verbessertes Geschäftsumfeld für KMU, die Kompetenzentwicklung und die soziale Dimension gebührend berücksichtigt werden.
14. Eine Strategie für die Industriepolitik der EU muss die aktuellen Veränderungen widerspiegeln und den zahlreichen Herausforderungen, mit denen Gesellschaft und Industrie in Europa konfrontiert sind, sowie der mangelnden europäischen Wettbewerbsfähigkeit der vergangenen Jahre Rechnung tragen. Diese Themen sind von grundlegender Bedeutung für die Aussprachen über die Zukunft Europas und sollten deren fester Bestandteil sein, wenn wir sicherstellen wollen, dass die EU Bürgern und Unternehmen mehr Wachstum und Arbeitsplätze bieten kann.
15. Der rumänische Vorsitz schlägt diese Schlussfolgerungen des Rates vor, die als deutliches Signal an die nächste Europäische Kommission dahin gehend zu verstehen sind, eine langfristige Strategie für eine Industriepolitik der EU mit einer Vision bis 2030 sowie einen konkreten Aktionsplan, wie vom Europäischen Rat im März 2019 gefordert, vorzulegen.

Fragen für die Diskussion:

- a. *Welche sind Ihres Erachtens die vordringlichsten Ziele und Maßnahmen, die in die künftige Strategie für die Industriepolitik einbezogen werden sollten? Wie könnten wir den Dialog mit Vertretern der Industrie ausbauen, um ihren Bedürfnissen im Rahmen der künftigen Strategie besser Rechnung zu tragen und so nachhaltiges Wachstum, Arbeitsplätze und Produktivität sicherzustellen?*
  - b. *Welche Instrumente und politischen Maßnahmen sind auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene erforderlich, damit das Potenzial derjenigen Sektoren, in denen die strategischen Wertschöpfungsketten ermittelt wurden, erschlossen werden kann, um das Wachstum der KMU und die industrielle Modernisierung zu unterstützen? Wie können wir besser gewährleisten, dass der Binnenmarkt unter Einschluss der Dienstleistungen und des digitalen Wandels für die industriellen Wertschöpfungsketten funktioniert?*
  - c. *Auf welche politischen Maßnahmen sollte der Rat (Wettbewerbsfähigkeit) sich in seinen Aussprachen konzentrieren, um zur Weiterentwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der EU beizutragen?*
-